

DER SOZIALDEMOKRATISCHE KÄMPFER

Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen



Gerhard Antes

Bundeskonzferenz 2026 – Einigkeit macht stark!

100 Delegierte aus allen neun Bundesländern waren zu unserer Bundeskonferenz am 11. April im Bildungszentrum der AK in Wien eingeladen, 85 sind gekommen. Unser Statut schreibt eine Konferenz alle vier Jahre vor. AK-Präsidentin Renate Anderl, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Klaus Seltenheim und SJÖ-Verbandsvorsitzende Larissa Zivkovic richteten Grußworte an die Konferenz.

Berichte

Bundesvorsitzender Gerald Netzl verwies auf die digital vorliegenden schriftlichen Tätigkeitsberichte der Bundesorganisation und aller Landesverbände (Info für unsere LeserInnen: diese können gerne im Bundessekretariat angefordert werden!). Er erwähnte die Februarfeiern und Novemberegedenken in zahlreichen Bundesländern, die gute Zusammenarbeit mit KZ-Verband und ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten in der ARGE der NS-Opferverbände, die Bedeutung unserer Zeitung als Bindeglied zu unseren 4.000 Mitgliedern und um an die WiderstandskämpferInnen zu erinnern. Ganz wichtig ist das Bernaschek-Gedenken und die Befreiungsfeier in Mauthausen.

Anlässlich 100 Jahre Republikanischer Schutz-

bund haben wir historische Pins und Poster angefertigt. 80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus war der Anlass für eine Kalender-Sondernummer des „Kämpfers“ mit Biografien von WiderstandskämpferInnen.

Erfreulich: Alle neun SPÖ-Regierungsmitglieder sind bei uns Mitglieder. Wir sind und bleiben eine traditionsbewusste Bewegung und behalten die Kassierung der Mitglieder durch Landesorganisationen bzw. Bezirke sowie Mitgliedsbuch und Beitragsmarke bei.

Gerald Netzl bedankte sich bei den aus dem Vorstand ausscheidenden Mitgliedern Alexander Ackerl, Julia Hinterseer-Pinter, Severin Holznecht, Peter Munk, Paul Stich, Marcus Strohmeier und Peter Weidner sowie bei unserer Sekretärin Ingrid Antes und Annemarie Hopfgartner für ihre Arbeit.

Round Table

Inhaltlicher Höhepunkt der Bundeskonferenz war ein von Werner Anzenberger moderiertes Gespräch mit Renate Anderl, Abg. Sabine Schatz und DÖW-Leiter Andreas Kranebitter über Ideen und Strategien zur Bekämpfung des Rechtsextremismus. Renate Anderl betonte, wir müssen solidarisch an einem Strang ziehen. Sabine Schatz hielt fest, ohne eine Regierungsbeteiligung der SPÖ gäbe es einen enormen Rückschritt bei den sozialen Errungenschaften, vor allem aufgrund des Erstarkens der Rechten. Andreas Kranebitter bezeichnete den Anstieg strafbarer rechtsextremer Handlungen als besorgniserregend. Wir müssen gemeinsam den Kampf gegen Rechtsextremismus führen. Es folgten Wortmeldungen von Delegierten an die TeilnehmerInnen des Round Table.

Ehrungen

Die Verleihung der Otto-Bauer-Plakette an Gin. Renate Anderl und Gen. Gerhard Baumgartner, Vorgänger von Andreas Kranebitter als DÖW-Leiter, für ihr antifaschistisches Engagement erfreute alle im Saal. Marina Hanke verlas die Be-



Gerhard Antes

V. l. n. r.: Werner Anzenberger im Gespräch mit Renate Anderl, Sabine Schatz und Andreas Kranebitter.

gründungen, hier Auszüge: „Gin. Anderl gehört seit 2017 unserem Bund an, 2021 war sie Hauptrednerin bei unserem Gedenkmarsch auf dem Wiener Zentralfriedhof. Die Bekämpfung des Rechtsextremismus und antidemokratischer politischer Bewegungen ist ihr ein Anliegen, das sie tatkräftig fördert und unterstützt. Die Arbeiterkammer hat eine gute antifaschistische Tradition und nimmt sich des kulturellen und historischen Erbes der ArbeiterInnenbewegung an. In ihrer Verantwortung und Funktion

als Präsidentin ist Renate Anderl die Garantin, dass das so bleibt. ... Gen. Gerhard Baumgartner war von 2014 bis 2023 wissenschaftlicher Leiter des überparteilichen DÖW und war dabei parteilich. Er war und ist parteilich im guten, antifaschistischen Sinn. Er hat das DÖW gut durch die schwierigen Jahre der Covid 19-Pandemie gebracht. Das Ansehen der Institution DÖW in Österreich und im Ausland ist ungebrochen hoch. Gerhard ist seit 2013 Mitglied unseres Bundes.“

Wahl

Alle KandidatInnen wurden in geheimer Wahl mit breiter Mehrheit gewählt, die meisten einstimmig. Ein Viertel der 32 Mitglieder des Bundesvorstands sind neu. Zwei Wortmeldungen unter „Allfälliges“ der Gen. Alexander Rath (ÖÖ) und Wolf Grünzweig (T) schlossen die Bundeskonferenz ab. Die Konferenz endete mit der Internationale.

Gerald Netzl ■



Gerhard Antes

Renate Anderl und Gerhard Baumgartner erhielten die Otto-Bauer-Plakette. V. l. n. r.: Werner Anzenberger, Volkmar Harwanegg, Gerhard Baumgartner, Renate Anderl, Marina Hanke, Gerald Netzl und Harald Ludwig.

Am 11. April 2026 gewählter Bundesvorstand:

Vorsitzender:

Gerald Netzl

Stv. Vorsitzende:

Werner Anzenberger
Marina Hanke
Franz Koskarti
Harald Ludwig
Elisabeth Fleischanderl

Schriftführerin:

Arijana Šegalo

Stv. SchriftführerIn:

Samuel Puttinger
Magdalena Schmid

Finanzreferentin:

Annemarie Hopfgartner

Stv. FinanzreferentIn:

Matteo Gebhart
Irene Pichler

BeisitzerInnen

Margarete Benedics
Klaus Bergmaier
Antonio Della Rossa
Martin Gressl
Volkmar Harwanegg
Anton Heinzl
Dominik Lang
Siegi Lindenmayr
Michael Ludwig
Martin Peterl
Marie-Therese Reisenauer
Stefanie Rödhamer
Andreas Sarközi
Gerlinde Sauerschnig
Gerhard Schmid
Günther Sidl
Jacqueline Stöger
Gabi Tremmel-Yakali
Hannes Weninger
Larissa Zivkovic

RechnungsprüferInnen:

Kira Binderlehner
Anja Germann
Ronny Jesenko
Hannelore Wallner



Gerhard Antes

Unsere Kundgebung bei den Tafeln für Richard Bernaschek und die ermordeten SozialdemokratInnen und die Internationale Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen waren heuer sehr gut besucht.

Feiern in Mauthausen 2026

Unser traditionelles Gedenken bei den Tafeln für Richard Bernaschek und die ermordeten SozialdemokratInnen vor dem Beginn der Internationalen Befreiungsfeier im ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen, war auch diesmal, 81 Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, ein ganz besonderes.

RednerInnen bei uns waren die Vize-Bürgermeisterin von Linz Gin. Karin Leitner, Landesparteivorsitzender der SPÖ Oberösterreich LR Martin Winkler und Bundesministerin für Arbeit, Soziales und Gesundheit Gin. Korinna Schumann. Durch die Feier führte, wie bereits in den letzten Jahren, Stefanie Rödhamer. Musikalische Unterstützung bekamen wir von Betty Rossa & Kapelle. Unter den vielen TeilnehmerInnen der Feier waren auch Bundesministerin Gin. Eva-Maria Holzleitner und Abg. Gin. Sabine Schatz, sowie SPÖ-Bundesparteivorsitzender Vizekanzler Gen. Andreas Babler, der am Vortag bereits an den Befreiungsfeiern in Günskirchen und Gusen teilnahm.

Karin Leitner hob in ihrer Rede die Bedeutung und Verantwortung der Stadt Linz hervor, welche als ehemalige Lieblingsstadt Hitlers eine besondere Rolle bei der Aufarbeitung der Geschichte wie auch in der Erinnerungskultur einnimmt. Hierbei betonte sie, wie wichtig Erinnerung, Gedenken und Erinnerungskultur als Bollwerk gegen Extremismus wirken und niemals abgeschlossen sein können. Sie sind eine dauerhafte Verantwortung, die gerade heute, wo Hass und Intoleranz wieder an Boden gewinnen, aktueller denn je wirken müssen. Gedenken darf sich somit nicht nur in der Vergangenheit abspielen, sondern muss Gegenwart und Zukunft berühren. Sie fügte außerdem hinzu, dass unsere heutige Welt keine Selbstverständlichkeit sei, sondern immer wieder verteidigt werden muss und dass wir gemeinsam stets gegen Menschenverachtung und für Gemeinschaft und Zusammenhalt aufstehen müssen.

Martin Winkler bezog sich in seiner Rede auf das diesjährige Motto der Befreiungsfeier „Täter und Täterinnen im Nationalsozialismus“. Er erzählte von seiner Mutter, die, obwohl aus christlichem und sozialdemokratischem Hause stammend, dem Bund Deutscher Mädel beitrug und sich 1945 absichtlich ein Jahr älter ausgab, um sich an die zu diesem Zeitpunkt bereits im Mühlviertel befindliche „Ostfront“ schicken zu lassen. Weiters fügte er hinzu, dass ihre BDM-Führerin die spätere Mutter von Jörg Haider war. Er erzählte dies, um zu betonen, dass es nicht nur die Nazi-Größen oder die SS waren, die schreckliche Taten begangen, sondern auch das einfache Volk, die Nachbarinnen und Nachbarn, welche Schuld auf sich gelastet haben oder zu willentlichen Mitläufern wurden. Besonders hob er noch Richard Bernaschek und den österreichischen Widerstand hervor, welchen wir zu verdanken haben, dass Österreich nach 1945 seine Freiheit wiedererlangen konnte.

Korinna Schumann, als Sozialministerin für die Opferfürsorge zuständig und damit „unsere“ Ministerin, betonte, dass „Mauthausen nicht nur ein Ort österreichischer Erinnerung sei, es ist ein Ort des Gedenkens und der Verantwortung für Europa und die ganze Welt“. Neben dem unsäglichen Leid der Opfer Mauthausens, wies auch sie auf die besondere Bedeutung Bernascheks und anderer Widerstandskämpfer hin, welche, sich der Gefahr ihres Handelns bewusst, für eine freie und demokratische Gesellschaft einsetzten und dies mit dem Leben bezahlten. Weiters erwähnte sie, dass die Demokratie nicht plötzlich zerbrach, sondern Schritt für Schritt ausgehöhlt wurde und es an uns sei, die heutigen Warnzeichen zu erkennen und aktiv dagegen vorzugehen. Unrecht beginnt nicht erst mit Gewalt, es beginnt mit der Sprache, mit der Ausgrenzung und Herabwürdigung anderer. Auch fügte sie hinzu, dass „Demokratie nicht in den Institutionen beginnt, sie beginnt dort, wo Menschen widersprechen, wenn Unrecht geschieht“.

Nach dem Ende unserer würdigen Feier reihten sich die 250-300 Genossinnen und Genossen bei der ARGE der NS-Opferverbände und WiderstandskämpferInnen und bei anderen Gruppen in die tausende TeilnehmerInnen der Internationalen Befreiungsfeier ein - mit 13.000 BesucherInnen auch heuer wieder die größte in Europa.



Schwerer Verlust

Am 25. März 2026 ist unsere Genossin Brigitte Pellar völlig überraschend verstorben. Noch eine Woche zuvor war sie auf der Wiener Landeskonferenz, berichtete von ihrer Rechnungsprüfung und stellte den Antrag auf Entlastung des Vorstands. Mit Brigitte verlor unser Bund eine engagierte Funktionärin auf allen Ebenen: Seit ihrem Beitritt 2007 war sie Mitglied des Bundesvorstands, sie gehörte auch dem Vorstand ihrer Bezirksgruppe Alsergrund an.

Als langjährige Leiterin des Instituts für Gewerkschafts- und AK-Geschichte in der Arbeiterkammer Wien (bis 2007, heute Institut für Historische Sozialforschung/IHSF) und als unermüdliche freischaffende Historikerin hat Brigitte das Schicksal der arbeitenden Menschen ins Zentrum gerückt. Zentraler Pfeiler ihrer Arbeit war die Aufarbeitung der dunkelsten Jahre Österreichs. Akribisch analysierte sie die Zerschlagung der Demokratie im Jahr 1934 und den mutigen, oft lebensgefährlichen Widerstand im Untergrund. Brigitte zählte zu den wichtigsten GewerkschaftshistorikerInnen Österreichs. Von 2005 bis 2012 unterrichtete sie am Institut für Politikwissenschaften an der Universität Wien. Wanderausstellungen über die historische Entwicklung der Demokratie, des



Roland deBoo

demokratischen Sozialstaates sowie die Entstehung des Faschismus in Österreich unterstreichen zusätzlich ihr großes und leidenschaftliches Engagement als Gewerkschaftsbildnerin. Ihre Aufarbeitung der österreichischen Gewerkschaftsgeschichte vor und nach dem Faschismus gilt als politischer Kompass bis in unsere Gegenwart. Als überzeugte Antifaschistin, Feministin, unbestechliche Sozialdemokratin

sowie unermüdliche Kämpferin für die Menschenrechte und den demokratischen Sozialstaat verstand sie es in ihren Arbeiten wie kaum eine andere umfassend über die historischen Zusammenhänge zwischen Gewerkschaft, Sozialstaat und Demokratie lebendig bis in die aktuelle Gegenwart breit zu vermitteln und aufzuklären. Sie verfocht dabei eine politisch-kritische sowie aufgeklärt-konkrete Geschichts-

schreibung, die das Bewusstsein ihrer Autorinnenschaft niemals verleugnet und stets in den Kontext der Gegenwart einbezieht. „Geschichte ist immer das, was man darstellt, und nicht das was war. Indem ich Geschichte darstelle, gestalte ich Politik.“ (Zitat Brigitte Pellar, Der österreichische Journalist, 6-7/2014). Wir werden in Brigittes Sinn weiterkämpfen.

Die Ordnung der Solidarität

Gen. Ali Kohlbacher ist ein Aktivist im besten Sinne des Wortes. Einer, der hinsieht, der anpackt, der kämpft – gegen Unrecht, gegen Faschismus, für soziale Gerechtigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Als überzeugter Antifaschist war er von 1996 bis 2022 Mitglied unseres Bundesvorstands und engagierte sich unermüdlich für die Aufarbeitung des Nationalsozialismus und gegen den aktuellen Rechtsextremismus. Ali hat dem Österreichischen Volkshochschularchiv seine private Büchersammlung überlassen. Der Transport der mehr als 80 Laufmeter Bücher aus der Wohnung in Hietzing ins Archiv der VHS wurde durch unseren Bund ermöglicht

– ein Dankeschön für Alis Wirken. Alle Bücher sind frei und gleich an Würde und Rechten. In der strikten Uniformität der Bände manifestiert sich der grafische Wille zur Klarheit. Jedes Buch wurde von Ali händisch eingebunden – ein Akt der Aneignung und der handwerklichen Wertschätzung gegenüber dem freien Wort. Diese Installation ist mehr als eine Bibliothek – sie ist das Archiv eines internationalen Lebens, in dem Ästhetik, Politik und Solidarität zu einer untrennbaren Einheit verschmelzen.

Die Buch-Kunst-Installation kann im Österreichischen Volkshochschularchiv (21., Kürschnergasse 9) nach schriftlicher Anmeldung un-

ter archiv@vhs.at von Montag bis 9:00-14:00 besichtigt werden. Donnerstag: 9:00-16:00, Freitag:



Österreichisches Volkshochschularchiv

V. l. n. r.: Robert Streibel (Historiker), Ali Kohlbacher und Christian H. Stifter (Direktor des Österreichischen Volkshochschularchiv) in der Ali Kohlbacher Bibliothek.

Tagung im Burgenland

Der Verein RE.F.U.G.I.U.S. die Rechnitzer Flüchtlings- und Gedenkinitiative veranstaltete am 21. März im Offenen Haus Oberwart (OHO) eine Tagung „Jugend und Politik in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung“. Drei hochkarätige Referent:innen wurden dazu eingeladen, die aktuelle Lage der Jugend umfassend zu erörtern. Im Rahmen eines radikal veränderten Informationskonsums wurde dabei die Rolle der Gedenkarbeit, Schule und Bildung grundlegend hinterfragt.

Einstellung Jugendlicher: Desinteresse oder polarisierte Einstellung zur Demokratie?

Jugendforscher Manfred Zentner führte in die Entwicklungspsychologie von Jugendlichen ein, zur Identitätsbildung, welche wichtig für das Zugehörigkeitsgefühl, für die gesellschaftliche Abgrenzung und somit auch Grund für jegliche Polarisierung ist. Standen die 68er noch für eine Gegenkultur zur Politik, lösten sich in den 90ern diese Gegensätze infolge einer linksliberalisierten, aber auch einer mehrheitlich entpolitisierten toleranten Gesellschaft auf. Erwachsene sprechen heute stolz von ihren Kindern, die an einer Demonstration teilnehmen. Aus Demonstration wurde Party und umgekehrt, wie die Love-Parade. Die Politik nahm die Anliegen der Jugend weniger ernst.

Wolfgang Schüssel sprach über Jugend, „die da unten nur Party

make“. Die Politik begann über die Jugend zu sprechen, anstatt mit ihr, wie es unter Bruno Kreisky der Fall war. Heute politisiert sich die Jugend zunehmend von rechts, wie die Identitären. Eine Zahl sollte den Politiker:innen zu denken geben: Nur 7 % der Jugendlichen im Alter von 16-30 Jahren fühlen sich lt. einer Foresight-Studie im Parlament repräsentiert.

Scheitern wir erfolgreich? Holocaust Education in Zeiten der Überforderung

fragt sich Historiker Werner Dreier. Anhand des Vereines RE.F.U.G.I.U.S., der Gründung des DÖW 1963, der Gedenkstätte Mauthausen und seiner Außenlager, der Entstehung der Institute für Zeitgeschichte u.v.m. verweist er auf eine reich angewachsene Gedenklanschaft. Dennoch besteht Zweifel an ihrer Nachhaltigkeit. Denn, wie lässt sich der neue Antisemitismus nach dem 7. Oktober 2023 in der Gegenwart erklären, der weniger mit der Geschichte der NS-Verbrechen als mit der Israels zu tun hat?

2016/17 bei der Verbreitung von Information über die „genozidale Massengewalt“ in Myanmar an der Volksgruppe der Rohingyas traf Facebook die Entscheidung den Algorithmus gezielt zu ändern, sodass Information von Hass und Gewalt autonom im Netz verstärkt verbreitet wurde. Differenzierte Information ging unter. Informa-



RE.F.U.G.I.U.S.

V. l. n. r.: Horst Horvath, Christine Teuschler, Paul Gulda (RE.F.U.G.I.U.S.), Manfred Zentner, Walter Reiss (RE.F.U.G.I.U.S.), Tamara Ehs, Eva Schwarzmayer, Werner Dreier, Pascal Steiner (RE.F.U.G.I.U.S.).

tionsblasen sind nicht neu. Man denke an die Medienlandschaft der Parteien nach 1945. Schon in der Vergangenheit ließ sich mit Hass und Hetze mehr Geld verdienen. Dagegen lässt sich solidarisch im Gedenken vorgehen. Bildung und Schule zeigen Wirkung. Diese Mittel müssen aber kritisch hinterfragt und geprüft werden. Es braucht mehr gemeinsame Initiativen, so wie diese Tagung.

Demokratie und Demographie: Wessen Stimme zählt?

Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs bestätigte das Dilemma der Jugend von der Politik ungenügend ernst genommen zu werden. Korrelierend mit einer älter werdenden Gesellschaft weist sie anhand des

Demokratiemonitors 2025, einer Sonderauswertung im Auftrag des österreichischen Parlaments, die von 2018-2024 stark schwindende Demokratiezufriedenheit der 16- bis 26-Jährigen von 69 % auf 44 % nach. Betrug der Anteil an der Gesamtbevölkerung der unter 35-Jährigen 1982 noch 32 %, war er 2024 nur mehr bei 22 %.

Dominik Lang ■

Web-Tipps: www.erinnern.at
www.erinnerungslandschaft.at

Buchtipps: Tamara Ehs, Verteidigung der Demokratie - Ein Essay über die Versuchungen der Autokratie und die Versprechen der Demokratie (ÖGB Verlag)

Gedenktafel für Rudolf Spirik feierlich enthüllt

Die Stadt Schwechat setzte ein sichtbares Zeichen des Erinnerns in der Spirikgasse: Genau am 12. Februar wurde in der Spirikgasse die Gedenktafel für Rudolf Spirik im Beisein zahlreicher Besucher:innen feierlich enthüllt. Mit der Veranstaltung setzte die Stadtgemeinde Schwechat ein bewusstes Zeichen für Erinnerungskultur und historische Verantwortung. Die Enthüllung ist nicht nur ein Akt des Erinnerns, sondern auch ein Zeichen

des Respekts vor dem Mut und der Haltung Rudolf Spiriks in einer bewegten Zeit. Geschichte sichtbar zu machen und im Stadtbild zu verankern, ist ein wichtiger Beitrag für das gesellschaftliche Bewusstsein. Dafür gilt den Verantwortlichen der Stadt Schwechat ein großes Danke, allen voran Bürgermeisterin Karin Baier und Stadtrat Marco Luksch.

Rudolf Spirik war Arbeiter in der Brauerei Schwechat und kam am

12. Februar 1934 im Zuge der Februarkämpfe in der Wiener Straße in Schwechat ums Leben. Er starb im Zusammenhang mit den damaligen Auseinandersetzungen, die für viele Menschen zum Symbol für den Einsatz für Demokratie, Solidarität und Freiheit sowie gegen den aufkommenden Faschismus wurden.

Die Gedenktafel wurde der Stadtgemeinde Schwechat von der Brauerei Schwechat übergeben und nun



Pressdienst der Stadtgemeinde Schwechat

Enthüllung der Tafel durch den Bezirksvorsitzenden der FreiheitskämpferInnen Gerhard Razborcan (l.), Stadtrat Marco Luksch und NRin Silvia Kumpantakacs.

dauerhaft in der nach Rudolf Spirik benannten Spirikgasse angebracht (vorheriger Standort war Wiener Straße 50).

Gerhard Razborcan ■



Gedenken im März und April

Opfergedenken in Wien

Das Gedenken der ARGE der NS-Opferverbände fand wie immer an drei Standorten statt: Vor dem Amtshaus Floridsdorf, Am Spitz, Begrüßung durch Gen. Volkmarr Harwanegg, Redner Stephan Roth (DÖW), mit Kranzniederlegung beim Denkmal für die am 8. April 1945 hingerichteten Offiziere Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke. Im ehemaligen Hinrichtungsraum im Straßandesgericht, im Weiheraum der Gedenkstätte. Sowie im Gedenkraum für die Opfer der Gestapo in der Saltorgasse mit anschließender Kranzniederlegung beim Denkmal für die Opfer der Gestapo auf dem Morzinplatz.



Ulrike Garscha



Harald Grün

V. l. n. r.: Alexander Rath, Günther Hagenauer, Stefanie Röthamer und Samuel Puttinger (alle FK) am 12. März beim Gedenken am Bernaschekplatz.

V. l. n. r.: Markus Kroihner (ÖVP-Kameradschaft), Winfried Garscha (KZ-Verband) und Volkmarr Harwanegg (FK) am 13. März beim Gedenken am Morzinplatz.

Opfergedenken in Oberösterreich

In den Abendstunden des 12. März versammelten sich Mitglieder der drei Opferverbände zum Gedenken an den „Anschluss“ Österreichs beim Denkmal am Linzer Bernaschekplatz. Gemeinsam, eingedenk des Geschehenen und im Bewusstsein, dass dies nie wieder passieren darf, legten die Vorsitzenden einen Kranz nieder. Im Zuge dieses Gedenkens gab es Gelegenheit zum Austausch über Gedenkarbeit und wie wir dem Anspruch des „Nie wieder“ am besten gerecht werden können. Auch heute, 88 Jahre nach den Ereignissen und angesichts der aktuellen politischen Lage, gilt es, besonderen Stellenwert auf die gemeinsamen Anstrengungen gegen Rechtsextremismus und Faschismus zu legen.

Feministisches Pionierinnengedenken

Traditionell findet im März das Pionierinnengedenken der sozialdemokratischen Frauen am Wiener Zentralfriedhof statt. Die Errungenschaften der Vorkämpferinnen sind umfassend - immer mit dem Ziel, Frauen in allen Lebensbereichen gleichen Zugang, gleiche Mitsprache und gleiche Rechte zu garantieren. Die Pionierinnen Rosa Jochmann, Hertha Firnberg, Johanna Dohnal, Barbara Prammer, Sabine Oberhauser und Helga Konrad einte aber vor allem eines: Ihr stetes Bekenntnis und ihr engagierter Einsatz für Demokratie, Antifaschismus, Freiheit und Menschenrechte.



Astrid Knie

Die starke Delegation der sozialdemokratischen Frauen am 19. März beim Gedenken am Wiener Zentralfriedhof.

Dachautransport

Mehr als 7.800 Österreicher wurden 1938 in das KZ Dachau eingewiesen. Der erste Transport ging bereits drei Wochen nach dem „Anschluss“, am 1. April 1938, vom Wiener Westbahnhof ab. Die 150 Häftlinge waren mehrheitlich Repräsentanten des austrofaschistischen Ständestaats (politische Funktionäre, Polizei- und Justizfunktionäre) und Juden, aber auch Sozialisten und Kommunisten. Am 1. April 2026 gedachte die ARGE der NS-Opferverbände bei der Tafel am Westbahnhof. Gerald Netzl erinnerte in seiner Rede daran, dass von 1.400 österreichischen Interbrigadisten in Spanien 458 in Konzentrationslager eingewiesen wurden, die meisten – 384 – in das KZ Dachau.



Sebastian Mühlbauer

V. l. n. r.: Rudi Burda (KZ-Verband), Gerald Netzl (FK), Brigitte Oftner (KZ-Verband), Volkmar Harwanegg (FK), Markus Figl, Markus Kroihner (beide ÖVP-Kameradschaft) und Ernst Berger (Lagergem. Dachau).

Hadersdorf / Krems

Am 12. April gedachten die drei Opferverbände in Hadersdorf am Kamp und in Krems des Massakers im April 1945 in diesen beiden Orten. Dort und rund um die Strafanstalt Stein wurden mehr als 400 Häftlinge von SS-Einheiten und lokalen NS-Anhängern ermordet - ein Verbrechen, das zu den schwerwiegendsten der NS-Zeit in Niederösterreich zählt. Der Kremser Bürgermeister Gen. Peter Molnar betonte die Bedeutung des gemeinsamen Erinnerns: „Das Gedenken an die Opfer ist untrennbar mit unserer Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft verbunden. Es erinnert uns daran, wachsam zu bleiben und für Menschlichkeit, Demokratie und Zusammenhalt einzustehen.“



Ulrike Garscha



Ulrike Garscha

Vier SozialdemokratInnen auf dem Friedhof Hadersdorf, v. l. n. r.: Volkmar Harwanegg, Klaus Bergmaier, Petra Nagl und Angelika Sacher.

Die VertreterInnen der ARGE auf dem Friedhof in Stein, v. l. n. r.: Gabriele Wagner (ÖVP-Kameradschaft), Winfried Garscha und Christine Steger (beide KZ-Verband), Volkmar Harwanegg und Klaus Bergmaier (beide FK).



Maria Emhart

Maria Emhart (1901–1981) steht exemplarisch für die widersprüchlichen Erfahrungen sozialistischer Frauen zwischen Widerstand, Geschlechternormen und politischer Erinnerung innerhalb einer männlich dominierten politischen Kultur. Sie war eine zentrale Figur der österreichischen Arbeiter:innenbewegung. Besonders die Februarkämpfe 1934 wurden zum Dreh- und Angelpunkt ihrer Biografie.

Aufgewachsen in ärmlichen Verhältnissen in St. Pölten, musste Emhart früh in der Fabrik arbeiten. Die Erfahrung von Hunger, Gewalt und Ausbeutung prägte ihr Klassenbewusstsein. Der Jännerstreik 1918 politisierte sie schließlich nachhaltig: In ihren Erinnerungen beschreibt sie den Beitritt zur Sozialdemokratie als Ausweg aus dem Elend. Früh knüpfte sie Kontakte zum Republikanischen Schutzbund, auch wenn Frauen dort offiziell ausgeschlossen waren. Während der Februarkämpfe 1934 spielte Emhart in St. Pölten eine zentrale Rolle. Sie organisierte Kontakte und Material, mobilisierte Schutzbündler und drängte auf den bewaffneten Widerstand. Ob sie tatsächlich selbst zu den Waffen griff, bleibt unklar. Entscheidend ist aber, dass sie an der Organisation beteiligt war und damit eine Rolle einnahm, die Frauen gesellschaftlich kaum zugestanden wurde. Die Erinnerungen Emharts an diese Tage sind widersprüchlich. In privaten Briefen erscheint sie als entschlossene Akteurin, die Männer zum Handeln aufforderte und den Kampf vorantrieb. In Interviews und besonders vor Gericht hingegen inszenierte sie sich als unbeteiligte Frau, die lediglich unterstützende Tätigkeiten ausführte. Diese Differenzen sind Ausdruck der damaligen Geschlechternormen: Militanz wurde Frauen abgesprochen, politische Führung ebenso. Emhart bewegte sich in diesem Spannungsfeld taktisch - mal offensiv, mal angepasst, je nachdem, was ihre Situation erforderte. Auch die Repression nach den Kämpfen zeigt diese Dynamik. Emhart wurde noch 1934 vom austrofaschistischen Regime als „Rädelsführerin“ und „Flintenweib“ angeklagt - Zuschreibungen, die nicht nur politisch, sondern auch geschlechtlich aufgeladen waren. Das Bild der bewaffneten Frau stand für Sittenverfall und galt als Bedrohung der gesellschaftlichen Ordnung. Vor Gericht nutzte Emhart diese Ordnung aber auch zu ihrer Verteidigung, betonte ihre angebliche, naturgegebene Friedfertigkeit und Unwissenheit. Sie wurde schließlich freigesprochen, blieb jedoch im Visier des Regimes, aber engagierte sich trotzdem weiter im illegalen Widerstand bei den „Revolutionären Sozialisten“. So wurde sie ein weiteres Mal verhaftet und eine der Hauptangeklagten beim „Großen Sozialistenprozess“ 1936, gemeinsam mit Persönlichkeiten wie dem jungen Bruno Kreisky oder Franz Jonas. Durch geschickte Verteidigungsreden (und den internationalen Druck auf das austrofaschistische Regime) konnten mildere Strafen für die Angeklagten erwirkt werden. Auch nachdem sie freigelassen wurde und später im Nationalsozialismus blieb sie im Widerstand.

Nach 1945 gehörte Emhart zu den wenigen Frauen im politischen Wiederaufbau. In Bischofshofen wurde sie erste Vizebürgermeisterin Österreichs und war über zwei Jahrzehnte eine prägende Kraft, besonders im Wohnbau und sozialen Fragen. Trotz realer Macht blieb ihr der Bürgermeisterposten aber verwehrt - auch wegen offener Ablehnung gegenüber Frauen in Führungspositionen. Dieses Spannungsfeld zwischen politischer Leistung und patriarchalen Grenzen innerhalb der Sozialdemokratie zog sich durch ihre gesamte Karriere. Als Nationalratsabgeordnete von 1953-1965 arbeitete Emhart in Bereichen wie Justiz, Verkehr und Landesverteidigung - Felder, die Frauen kaum zugestanden wurden. Gleichzeitig setzte sie sich für Mutterschutz, Gleichstellung und die Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs ein. Innerhalb der SPÖ kämpfte sie für Frauenrechte, stieß jedoch oft auf Widerstände. Ihr Lebensweg macht die strukturellen Hindernisse sichtbar, denen Frauen in Politik und Gesellschaft ausgesetzt waren. Doch Emhart ließ sich davon nicht aufhalten. Immer wieder überschritt sie Grenzen, nutzte Spielräume, übernahm politische Verantwortung und setzte sich über das hinweg, was Frauen zugestanden



Maria Emhart beim Internationalen Frauentag 1951 in Salzburg. Eine ausführliche Biografie über Maria Emhart steht im Buch „Ins Rampenlicht“ (siehe „Kämpfer“ 4/2025 S. 17).

wurde - im Widerstand der 1930er Jahre ebenso wie in der Politik der Zweiten Republik.

Gerade darin liegt ihre historische Bedeutung: nicht als makellose Heldinnenfigur, sondern als politische Akteurin, die Handlungsspielräume nutzte. Und dabei Widersprüche aushielt. Emhart steht damit für eine Generation von Frauen, die sich ihren Platz in der Geschichte nehmen mussten und war dabei in vielerlei Hinsicht Pionierin. Ihr Leben zeigt, dass auch innerhalb der Arbeiter:innenbewegung Machtverhältnisse stets kritisch hinterfragt werden müssen. Am 9. Februar 1969 wurde Maria Emhart im Arbeiterheim Salzburg die Otto-Bauer-Plakette verliehen.

Lena Köhler ■

Josef Hindels

Im Zuge ihrer jährlichen Veröffentlichung widmete der Verein für Geschichte der ArbeiterInnenbewegung die von Wolfgang Greif verfasste Ausgabe 2025 dem Genossen Josef Hindels. Auf gut 80 Seiten wird das Leben und Wirken des mahnenden Antifaschisten und überzeugten Sozialisten präsentiert, versehen mit zahlreichen Bildern und Zitaten. In kurzen Kapiteln beschreibt Greif die Herkunft von Hindels, seinen Weg zur Sozialdemokratie und allen voran sein Handeln über die Zeit hinweg. Besonderes Augenmerk sollte hierbei auf ein Kapitel gelegt werden, das sich seinen antifaschistischen Tätigkeiten, insbesondere in unserer Organisation, widmet. Hindels war neben Rosa Jochmann über zwei Jahrzehnte an der Spitze der FreiheitskämpferInnen tätig, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Partei. Großer Wert wird auf seine Tätigkeit als Autor gelegt, hat er doch über die Jahre hinweg zahlreiche Broschüren, Bücher und Artikel über Faschismus und seine Entstehung, Herrschaftssystem und Folgen geschrieben.

Hohen Stellenwert hatte für Hindels seit jeher die Bildung junger GenossInnen, war er selbst mehrere Jahre nach dem Exil als Bildungsreferent der Sozialistischen Jugend und danach in der GPA tätig. Für ihn als belesenen Austromarxisten und überzeugten Sozialisten war die Auseinandersetzung mit den jungen GenossInnen

überaus wichtig, wollte er ihnen immer wieder die „Fackel des Sozialismus“ als Werkzeug in die Hand geben, um eines Tages doch noch das Ziel einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zu erreichen. Hervorzuheben sind hier Seminare und Tagungen, die er gemeinsam mit Manfred Ackermann und der SJ organisierte. Alfred Dallinger, Weggefährte in der GPA, meinte in diesem Kontext „Die Gewalt seiner Sprache, die Klarheit seiner Formulierungen, sein Ausdruck und damit der Eindruck, den er besonders auf junge Menschen macht, ist heute nahezu legendär.“ Als sozusagen „organischer Intellektueller“ handelte er als Brückenbauer und als Vermittler in der Idee Antonio Gramscis.

Wenn von Josef Hindels die Rede ist, betonen wir seine mahnende und antifaschistische Seite, die er besonders bei Veranstaltungen und Parteitagen zeigte. Er war selbst überrascht, dass es Ende der 1980er-Jahre intern mithilfe der „Vranitzky-Doktrin“ zu einer klaren Abgrenzung der SPÖ gegenüber der FPÖ kam. Er hatte großen Anteil an dieser Entscheidung gehabt durch seine Tätigkeit. Er selbst war Opfer zweier Faschismen gewesen, wusste aufgrund seiner Bildung viel über die Verbrechen und versuchte stets, den Antifaschismus und Sozialismus in der SPÖ hochzuhalten.

Kurz und packend erzählt Greif von der Geschichte und dem langfristigen Wirken des



Genossen Hindels, was besonders in heutiger Zeit sehr wohl hervorgehoben werden soll und muss. Pflichtliteratur für Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen (Anfragen, Bestellungen: office@vga.at).

Alexander Rath ■

Über die (Vor-) Geschichte der Volkshilfe

Gen. Alexander Emanuely ist Autor des hochinteressanten Buches „Aus Widerstand und Solidarität“ (vgl. „Kämpfer“ 3/2022, S. 20), in dem er die Vorgeschichte der 1947 gegründeten Volkshilfe darstellt. Der Schriftsteller und Kulturhistoriker beschreibt im Buch den Aufbau der Societas nach dem Ersten Weltkrieg, die erfolgreiche Bekämpfung der Armut im Roten Wien sowie die Untergrundarbeit der Sozialistischen Arbeiterhilfe (SAH) von 1934 bis 1945. Es war vor allem engagierten Frauen wie Wilhelmine Moik, Rudolfine Muhr und Frieda Nödl zu verdanken, dass Familien gefallener, inhaftierter und vertriebener Schutzbündler versorgt wurden und das politische

Netzwerk der verbotenen Sozialdemokratie in der Illegalität nicht völlig verschwand. Auf Einladung der Bezirksgruppen Liesing unseres Bundes sowie der Volkshilfe hielt er am 10. März ein Referat. Doch nicht nur die Vergangenheit interessierte. Iona Wenninger von der Volkshilfe Wien informierte über die aktuellen Aufgaben und Aktivitäten wie z. B. Armutsbekämpfung, Hilfe bei Wohnungslosigkeit, Einsatz für sozialen Ausgleich, Inklusion und Gerechtigkeit. Volkshilfe und Sozialdemokratische FreiheitskämpferInnen arbeiten gemeinsam für eine bessere, eine sozialistische Gesellschaft.

Kira Binderlehner ■



Ein informativer Abend in Liesing, v. l. n. r.: Melanie Kuskan (VH), Iona Wenninger, Alexander Emanuely und Kira Binderlehner (FK).



picture alliance / dpa / Wolfgang Wechs

Raul Hilberg

Raul Hilberg wurde am 2. Juni 1926 als Kind jüdischer Eltern, die von Galizien nach Wien gekommen waren, geboren und wuchs in der Brigittenau auf. Die Familie war religiös, lebte aber nicht streng orthodox. Hilbergs Vater war Zwischenhändler für Haushaltswaren. Seine Schulbildung erhielt Raul Hilberg am Chajes-Gymnasium, einem jüdischen Privatrealsgymnasium in der Leopoldstadt.

Die nationalsozialistische Machtübernahme Österreichs 1938 bedeutete für die Familie Hilberg Ausgrenzung und Verfolgung. Der Vater wurde verhaftet, jedoch wegen seines Veteranenstatus aus dem Ersten Weltkrieg nach kurzer Gefangenschaft freigelassen und zur Ausreise gezwungen. In der Zwischenzeit verloren der in Wien zurückgebliebene Raul und seine Mutter ihre Wohnung, die „arisiert“ worden war, und mussten im Freundeskreis unterkommen. Aufgrund der bisherigen Erlebnisse entschieden sich die Eltern zur Flucht. Am 1. April 1939 verließ die Familie Wien Richtung Frankreich, verbrachte eine Woche in Paris und bestieg schließlich ein Schiff nach Kuba. Nach einer mehrmonatigen Wartezeit in Havanna erfolgte zuerst die amerikanische Einreiseerlaubnis für den 13-jährigen Raul. Seine Eltern konnten wenig später nach New York nachkommen. Um den Start im Exil zu finanzieren, arbeitete zunächst auch Raul in einer Fabrik. Er lernte schnell die neue Sprache und konnte seine Schulbildung fortsetzen.

Mit 18 Jahren meldete sich Hilberg zum Militärdienst, wofür er im Dezember 1944 die Voraussetzungen erhielt (Verleihung der US-amerikanischen Staatsbürgerschaft) und Anfang 1945 als Soldat nach Europa zurückkehrte. Sein Regiment war in Bayern eingesetzt und befreite unter anderem das KZ Dachau. In München stieß Hilberg zudem auf die Privatbibliothek Adolf Hitlers und begann mit dem Sammeln von Unterlagen zu NS-Verbrechen. Ein Großteil von Hilbergs österreichischen und polnischen Verwandten - darunter Großeltern, Tanten, Onkel, Cousins und Cousins - überlebte die Shoa nicht.

Nach Kriegsende kehrte Hilberg wieder in die USA zurück und studierte am Brooklyn College sowie an der Columbia University Geschichte, Recht

und Politik. Mit seiner umfangreichen Dissertation „The Destruction of the European Jews“ (dt. 1962 „Die Vernichtung der europäischen Juden“) schloss er 1955 das Studium ab. Von 1956 bis zu seiner Emeritierung 1991 war er Professor an der University of Vermont in Burlington. Für Vorträge und Besuche kehrte Hilberg bis kurz vor seinem Tod 2007 wiederholt nach Wien zurück. Er war verheiratet und hatte zwei Kinder.

Die Vernichtung der europäischen Juden

Raul Hilbergs dreibändiges, akribisch recherchiertes und vordergründig auf Akten basierendes Hauptwerk ist die mehrmals neu aufgelegte und von ihm stetig aktualisierte Arbeit „The Destruction of the European Jews“, die bis heute ein Standardwerk ist. Darin beschreibt er den Ablauf der jüdischen Entrechtung, Enteignung und Ermordung, der durch bürokratische Arbeitsteilung eines immensen Verwaltungsapparates umgesetzt und ermöglicht worden ist. Dieser Fokus auf Täterdokumenten war zum Zeitpunkt der Ersterscheinung eine neue Herangehensweise, die von vielen mit Desinteresse oder Irritation aufgenommen wurde. Erst 1961 fand Hilberg einen US-amerikanischen Verlag und 1982 einen deutschen Kleinverlag dafür. Heute gilt Hilberg als Begründer der empirischen Holocaustforschung und als einer der renommiertesten Zeithistoriker weltweit. Sein Forschungsinteresse kreiste um die Kernfrage, wie der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung während der NS-Zeit möglich war. Dabei beschäftigte er sich mit der dahinterstehenden Bürokratie, Opferzahlen sowie der Rolle der Judenräte, der Reichsbahn oder der Deutschen Wehrmacht im Vernichtungsprozess.

Einer breiteren Öffentlichkeit wurde Hilberg erst durch Claude Lanzmanns Film „Shoah“ (1985) bekannt. Darin interviewte ihn der Regisseur als einzigen Experten. Ansonsten arbeitete Lanzmann weitgehend mit ZeitzeugInnen-Interviews (Opfer, AugenzeugInnen und TäterInnen) und ahistorischen Bildern der Orte des systematischen Mordes an den europäischen Jüdinnen und Juden, um unter anderem die von Hilberg minutiös recherchierte Transportlogistik des NS-Regimes offenzulegen.

Anton Bergauer ■

Hainfeld-Wurzeln unserer Bewegung

Egal ob damals oder heute – der Weg der Schiene in die kleine Stadt Hainfeld im südlichen Niederösterreich ist gleichgeblieben. Bereits auf diesem Weg ist es nicht schwer, sich in die Situation jener Menschen zu versetzen, die in der Kälte des späten Dezembers 1888 teils lange Wege aus allen Teilen der österreichischen Reichshälfte auf sich nahmen, um am Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie teilzunehmen. In Hainfeld angekommen würde auf den ersten Blick nicht viel darauf hinweisen, dass dieser Ort einst Gründungsort unserer Bewegung war, dabei sollte dieser Fakt eine wichtige Rolle spielen.

Für viele von uns ist es nicht mehr nachvollziehbar, jedoch war es um unsere Bewegung in den späten 1880er-Jahren schlecht bestellt. Eine Kopie der bismarckschen Sozialistengesetze wurde von den regierenden Konservativen durchgesetzt, die sozialdemokratische Bewegung hatte sich nach Neudörfel 1874 in Folge in „Gemäßigte“ und „Radikale“ gespalten. Als Mediator und Einiger trat Victor Adler auf den Plan, dem es zur Überraschung vieler gelang, die beiden Flügel auf einem gemeinsamen Parteitag an einen Tisch zu bringen. Da war Hainfeld beinahe perfekt geeignet: abgelegen von größeren Städten, für die dort aktive Arbeiter:innenbewegung tätig und der Umstand, dass sowohl Stadt als auch Bezirk damals liberale Vertreter hatten.

Beim Spazieren durch die kleine Stadt fällt zu allererst eine Plakette am Haus Hauptstraße 29 ins Auge, wo einst das Gasthaus stand in dem der Parteitag stattfand. Nach Zerstörung wurde das Haus nach dem Zweiten Weltkrieg neu aufgebaut. Bereits 1928, vierzig Jahre nach dem Ereignis und 10 Jahre nach der Ausrufung der Republik errichteten die Bürger:innen von Hainfeld ein Denkmal am zentralen Victor-Adler-Platz, das 1934 demoliert wurde und 1948 wieder aufgestellt wurde. 2008 wurde selbiges Denkmal ergänzt und hebt die Rolle Victor Adlers hervor. Ziel des ganzen Weges ist das Hainfeld Museum (geöffnet Samstag 13:00-17:00), das obgleich klein einen ganzen Raum der Sozialdemokratie widmet. Im Zentrum steht natürlich der Einigungsparteitag 1888/1889, der aus Rücksicht vor den teilnehmenden Delegierten, die zumeist Arbeiter:innen waren, in der freien Zeit um Silvester festgesetzt wurde um ihnen so die Teilnahme zu ermöglichen. Zurecht wirbt das Hainfeld Museum mit dem Satz „Wiege der österreichischen Sozialdemokratie“. Da war Hainfeld beinahe perfekt geeignet: abgelegen von größeren Städten, sowohl Stadt als auch Bezirk hatten damals liberale Vertreter, und für die dort aktive Arbeiter:innenbewegung war es ein positives Ereignis.

Auf einem Tisch finden sich Ton- und Schriftdokumente zu eben jenem Parteitag, gelesen von lokalen Parteimitgliedern, mit Zitaten und Wortbeiträgen der Teilnehmenden zu den verschiedensten Themen. Ergänzt wird dies durch eine in Eigenverlag herausgebrachte Edition des Parteitagsprotokolls, das zum besseren Verständnis sprachlich an die heutige Zeit angepasst wurde. Geziert werden die Wände mit allerhand Schaustücken zur Geschichte der Sozialdemokratie in Österreich und Hainfeld. Darunter finden sich Tafeln mit kurzen Texten zum Leben und Wirken von Victor und Emma Adler sowie ihrem Sohn Friedrich, Informationen zum Parteitag als auch Erinnerungen an diese Zeit, darunter Spruchbilder und Maipлакate.

Hainfeld war wie weitere Gemeinden im Traisen- und Gölsental ein Schauplatz des Februar 1934, deshalb wollte der Schutzbund das Gebiet verteidigen. Dabei kam es im Stadtgebiet zu einem verhängnisvollen Ereignis. Viktor Rauchenberger und Johann Hoys hatten aus Notwehr, da sie



Alexander Rath

Das Monument am Victor-Adler-Platz in Hainfeld erinnert an den Einigungsparteitag der österreichischen Sozialdemokratie von 30. Dezember 1888 bis zum 1. Jänner 1889.

bereits von Heimwehr umstellt waren, auf den lokalen Heimwehrführer geschossen und ihn getötet, dennoch war die Lage für sie aussichtslos und mussten sich kurz darauf ergeben. Sie wurden am 16. Februar in St. Pölten vom Standgericht zum Tode verurteilt und ermordet, ein einfaches Grab am Hauptfriedhof der Landeshauptstadt erinnert an die beiden Märtyrer. In kleinen Vitrinen finden sich auch die Schuhe des Genossen Viktor Strohner, der nach den Kämpfen gefangen genommen wurde und in Wöllersdorf eingesperrt wurde.

Prägend bleibt ein Satz, der auf der bronzenen Plakette in großen Lettern steht: „Die Verpflichtung dieser Tage hat seither das Wirken der Sozialdemokratie in Österreich bestimmt. Ihren Werten fühlen wir uns zum Wohl der arbeitenden Menschen in aller Welt für immer verbunden.“ Mit diesen Gedanken im Kopf und vielen weiteren mehr verließ ich Hainfeld, im Bewusstsein dessen wofür die Genoss:innen damals kämpften und wo wir weiterhin anknüpfen müssen im Kampf für die Welt der freien Menschen.

Alexander Rath ■



Studien- und Gedenkreise nach Berlin und Sachsenhausen



Franz Summer

Die Gruppe der Gedenk- und Studienreise in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen nördlich von Berlin.

Vom 30. März bis 3. April fand wieder eine Gedenk- und Studienreise der ARGE der Opferverbände bestehend aus der ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und Bekenner für Österreich, dem KZ-Verband/BdA und unserem Bund statt. Die Reise wurde dankenswerter Weise vom Nationalfonds und vom Zukunftsfonds der Republik Österreich unterstützt.

Erster Tag:

Anreise sowie einführende Worte vom Reiseleiter und Sprecher der ARGE Dr. Winfried Garscha. Die Fahrt wurde für eine Vorstellungsrunde der Teilnehmer:innen genützt.

Zweiter Tag:

Eine Stadtrundfahrt führte uns zum sowjetischen Ehrenmal im Trep-tower Park, letzte Ruhestätte für knapp 8.000 der etwa 80.000 sowjetischen Soldaten, die bei der Befreiung Berlins fielen. Weitere Gedanken folgten an den jeweiligen Denkmälern für die verfolgten und ermordeten Juden, Sinti und Roma Europas sowie den ebenso betroffenen Homosexuellen im Nationalsozialismus. Am Nachmittag Führung durch die Ausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. Hier befand sich am 20. Juli 1944 das Zentrum des militärischen Widerstandes. In der Nacht zum 21. Juli wurden die Widerstandskämpfer General Olbricht, Oberst von Stauffenberg, Oberst Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und der Adjutant Stauffenbergs, Oberleutnant Werner von Haeften im Innenhof des Bendlerblocks erschossen. Erste Kranzniederlegung für die Opfer bei der heutigen Gedenktafel im Hof.

Dritter Tag:

In den Gedenkstätten Sachsenhausen (KZ) und Plötzensee (Hinrichtungsstätte). Rund 190.000 Häftlinge aus über 40 Nationen waren im ehemaligen KZ und den Außenlagern. Die Todesopfer betrugen insgesamt mit den Nebenlagern an die 40.000.

Das ehemalige KZ hat personell auch einen Bezug zum ehemaligen KZ Mauthausen. So war der zweite Schutzhaftlagerführer Albert Sauer erster Kommandant zwischen 1938 und 1939 in dem damals noch dort als Provisorium errichteten KZ im Steinbruch Wiener Graben. Auch der unter den Häftlingen brutal verschriene SS-Untersturmführer Anton Streitwieser kam im November 1938 vom KZ Sachsenhausen ins KZ Mauthausen. Ende 1939 bis 1940 und im April 1942 war er Kommandoführer im Außenlager Gusen. 1944 wieder in Mauthausen bis anfangs Mai 1945, ab 1944 Kommandant der KZ-Außenlager Melk, Floridsdorf, Schwechat Santa I und II sowie Hinterbrühl bei Mödling, wo er mehrere Tote zu verantworten hatte. Bei der Gedenktafel an die österreichischen Opfer erfolgte die zweite Kranzniederlegung. Für unseren Bund gedacht sei hier an den NR Gen. Victor Stein (1876-1940) der am 28. August im Lager ums Leben kam. Der erste Bezirksvorsteher von Meidling nach 1945 Gen. August Fürst befand sich bis 1940 ebenfalls hier. Am Nachmittag in der Gedenkstätte Plötzensee wo von 1934 bis 1945 mehr als 5.600 Menschen hingerichtet wurden, nahmen wir die dritte Kranzniederlegung im ehemaligen Hinrichtungsraum vor.

Letzter Tag:

Zuerst fuhren wir zum Denkmal in die Rosenstraße, wo Frauen mit ihren Kindern aus sog. „Mischehen“ tagelang für die Freilassung ihrer „jüdischen“ Männer mit Erfolg protestierten. Danach im Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“. Am Gelände befanden sich von 1933 bis 1945 die Zentrale des NS-Terrors: Reichsführung-SS, Reichssicherheitshauptamt, Sicherheitsdienst, Geheime Staatspolizei. Die Dauerausstellung dokumentiert den Terror im „Dritten Reich“, die Verbrechen und die Täterbiografien. Entlang der stalinistischen Prachtstraße, der Karl-Marx-Allee im Osten der Stadt, besuchten wir Thomas Willms den Bundesgeschäftsführer der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Er stellte uns die überparteiliche VVN-BdA und ihre Geschichte vor. Das Büro befindet sich ebenerdig in einem selbstverwalteten Gebäude, um sich die Miete leisten



Franz Summer

Am letzten Tag fand ein Informationsaustausch mit Thomas Willms von der VVN-BdA statt.

zu können. Die Fenster des Büros sind aus Panzerglas. Im Innenhof konnten wir auf das ehemalige Hauptquartier der DDR-Staatsicherheitspolizei (Stasi) hinüberblicken. Der Wind für eine antifaschistische Organisation weht in Deutschland rau. Nahe am Ruin, musste die VVN-BdA zehn Jahre vor Gericht um ihren Gemeinnützigkeitsstatus kämpfen. In Österreich werden die Opferverbände mit öffentlichen Mitteln unterstützt, sodass wir auf Spenden weit weniger angewiesen sind. Das gibt es in Deutschland nicht. Um mehr Einnahmen zu lukrieren veranstaltet die VVN-BdA zusätzlich antifaschistische Workshops. Reich beschenkt mit einem Sackel voll Flyer und Aufklärungsmaterial verließen alle von uns die Zentrale. Fazit: Dank sehr guter Organisation, Umsicht und Erfahrung der Reiseleitung wurde die Reise zu einem großen Erfolg, bei dem der gegenseitige Austausch, das Bekenntnis zu guter Zusammenarbeit, sowie die Rücksicht auf unterschiedliche Bedürfnisse der Mitglieder innerhalb der Gruppe nicht zu kurz kamen. So wurde der Wunsch geäußert die Zeitschriften der Verbände untereinander unter den Mitgliedern stärker auszutauschen um sich besser übereinander zu informieren. Dies unterstreicht die gute

Atmosphäre vom gegenseitigen Respekt und vertrauen getragen während der gesamten Reise. Bei einem gemeinsamen Abendessen im „Xantener Eck“ fand diese einen gemütlichen Ausklang, bei dem man sich - über die Parteigrenzen hinweg - nicht nur über die Eindrücke der letzten Tage ausgetauscht hat, sondern auch noch die eine oder andere Gemeinsamkeit herausfand.

Was wir aus dieser Reise wohl alle mitnehmen: Antifaschismus über die politischen Anschauungen hinweg war, ist und wird immer richtig sein und der „Geist der Lagerstraße“ darf nicht vergessen werden.

Renate Fuchs, Dominik Lang, Christian Sevcik ■

Landeskonferenz Wien

Am 18. März fand im ega: frauen im zentrum die Wiener Landeskonferenz statt. 36 Delegierte aus (fast) allen Bezirken wählten einen neuen Vorstand. Gin. Lena Stern, Vorsitzende der SJ Wien sprach zur Konferenz, der Wiener Landespartei sekretär Jörg Neumayer übermittelte schriftlich eine Grußbotschaft. In seinem Bericht strich Landesvorsitzender Gerald Netzl die Februargedenken in den letzten Jahren hervor. Einerseits die zentralen im Hugo Breitner-Hof, Goethehof, Schlingenhof und Goldmarkplatz, andererseits die dezentralen in 13 (!) Bezirken. Eine große Bedeutung hat die Zusammenarbeit in der ARGE der NS-Opferverbände und Widerstandskämpfer/innen: Gedenken am 1. April am Westbahnhof, rund um den 13. März und 26. Oktober bzw. 1. November in Floridsdorf, im Landesgericht und in der Saltorgasse / Morzinplatz; aber auch außerhalb Wiens, in Mauthausen, Hadersdorf/Krems-Stein sowie beim Roma-Gedenken in Lackenbach.

Im Berichtszeitraum wurden mehrere Otto-Bauer-Plaketten und Rosa-Jochmann-Plaketten verliehen. Gen. Volkmar Harwanegg erhielt auf der Konferenz für seine Verdienste um die Organisation die Otto-Bauer-Plakette. Finanzreferentin Gin. Magdalena Schmid informierte über Einnahmen und Ausgaben im Berichtszeitraum. Sie mahnt bessere Kassierung überall dort ein, wo sie mangelhaft ist, und dankt jenen Bezirken / FinanzreferentInnen in den Bezirken, die pünktlich und vollständig abrechnen.

Gerald Netzl ■



Gerhard Antes

Gen. Volkmar „Hannes“ Harwanegg (Mitte) wurde für seine Aktivitäten mit der Otto-Bauer-Plakette geehrt. V. l. n. r.: Susanne Bauer, Magdalena Schmid, Gerald Netzl und Arijana Šegalo.

Sozialistenprozess 1936

Mit einer Serie von Prozessen beabsichtigte das austrofaschistische Regime in den Jahren 1935 und 1936 den Organisationsapparat der im Untergrund agierenden Revolutionären Sozialisten (RS) zu zerschlagen. Anlässlich des 70. Geburtstags von Bruno Kreisky brachte unser Bund 1981 die Broschüre „Fanal des Freiheitskampfes“ heraus. Unser unvergessener Genosse Herbert Exenberger hat die umfangreichen Akten des „großen Sozialistenprozesses“ vom März 1936 studiert und sorgfältig dokumentiert. Josef Hindels steuerte einen einführenden Beitrag bei. Rudolfine Muhr, Hietzinger Delegierte bei der Konferenz in Brünn, beschreibt in der Broschüre die Atmosphäre dieser Tagung. Da über Tagungen der Revolutionären Sozialisten keine Protokolle angefertigt werden konnten, kommt diesem Bericht große Bedeutung zu. Höhepunkt der Broschüre sind Auszüge aus den aufrüttelnden Reden einiger Angeklagter im Gerichtssaal. Es gelang ihnen, aus den Anklägern Angeklagte zu machen!

Doch der Reihe nach: Aus Hass gegen die sozialen Reformen und Errungenschaften der Republik hatten die maßgebenden Kräfte des österreichischen Konservatismus im März 1933 den Weg des kalten Staatsstreichs, des Verfassungsbruchs beschritten, der nach dem gescheiterten Widerstand im Februar 1934 in der autoritären Verfassung gipfelte.

Anders als in Italien oder Deutschland nach der Machtergreifung / Machtübertragung an Mussolini bzw. Hitler war die illegale sozialistische Partei in Österreich, wie Otto Bauer schrieb, von Anfang an unter eigener Führung unabhängig vom Parteivorstand der vom Faschismus besiegten Sozialdemokratie und unabhängig von ihren emigrierten Führern entstanden. Unmittelbar nach den Februarkämpfen bildeten einige junge Funktionäre das „Provisorische Zentralkomitee der Revolutionären Sozialisten“. Am 8./9. September 1934 fand in Blansko bei Brünn eine erste Wiener Konferenz der RS statt, zu Neujahr 1935 fand in Brünn die erste „Reichskonferenz“ (= quasi ein Bundesparteitag) mit 68 TeilnehmerInnen statt. U. a. referierte der Vorsitzende Karl Hans Sailer die sechs Punkte des Aktionsprogramms der RS. Auf der Konferenz setzte sich die von Joseph Buttinger und den Ländervertretern verfochtene Strategie der „langen Perspektive“, die eine Einschränkung der Organisationstätigkeit und mehr Konspiration vorsah, durch.

Ein Polizeispitzel und ein RSler, der nach seiner Verhaftung zum Verräter wurde, haben die späteren Angeklagten denunziert und zum Teil schwer belastet. Die Mehrzahl der Verhaftungen erfolgte im Jänner 1935, sodass die meisten Angeklagten vierzehn Monate in U-Haft saßen. Beim Prozess, der am 16. März 1936 begann, stand praktisch der gesamte Führungskader der RS (28 SozialistInnen und zusätzlich die bei anderer Gelegenheit verhafteten Kommunisten Franz Honner und Friedl Fürnberg) vor Gericht; verhandelt wurde über den Anklagepunkt „Hochverrat“, auf den explizit die Todesstrafe stand. Angeklagt waren u. a. Karl Hans Sailer, Maria Emhart, Franz Rauscher, Roman Felleis, Otto Probst, Anton Proksch, Bruno Kreisky und Franz Jonas.

Roman Felleis gab die Parole aus, „Jeder Angeklagte hat zwei Aufgaben: seine Partei würdig vertreten und den Kopf aus der Schlinge ziehen“. Der Prozess erregte auch im Ausland großes Aufsehen. Aus vielen Ländern kamen bekannte sozialistische PolitikerInnen nach Wien, um durch ihre Anwesenheit das Interesse der ausländischen Öffentlichkeit und ihre Solidarität mit den Angeklagten zu bekunden. Aus Belgien kam eine der bedeutendsten Persönlichkeiten der Internationale, der Abgeordnete Louis de Brouckère, aus Frankreich der Abgeordnete Longuet, ein Enkel von Karl Marx. Die Strafen am 24. März fielen schließlich deutlich milder aus, als erwartet. Die beiden Hauptangeklagten, Karl Hans Sailer und Maria Emhart, für die der Staatsanwalt die Todesstrafe beantragt hatte, wurden zu 20 bzw. 18 Monaten Haft verurteilt, Bruno Kreisky erhielt 12 Monate



Kerker, Franz Jonas und zwölf weitere Personen wurden freigesprochen. Das Regime wagte nicht annähernd so drakonische Strafen auszusprechen wie beim Wiener Schutzbundprozess oder wie sie tagtäglich jeden Kolporteur der illegalen „Arbeiter-Zeitung“ treffen konnten. In „Zwischen den Zeiten“ (S. 247) schreibt Bruno Kreisky, die relativ milden Urteile wären auch auf eine Intervention von Kardinal Innitzer zurückzuführen gewesen („Man solle die Arbeiterschaft nicht noch mehr in die Enge treiben.“) Rosa Jochmann, wurde im Gerichtssaal verhaftet, weil sie gegen das brutale Vorgehen der Polizei gegen eine andere ZuhörerIn laut protestierte.

Im Rahmen der Juli-Amnestie von 1936 wurden die Verurteilten, die allerdings bereits länger als ein Jahr in Untersuchungshaft verbracht hatten, schließlich begnadigt. Am längsten saß Franz Rauscher. Er wurde als Erster verhaftet und kam als Letzter frei. Obwohl „nur“ zu zehn Monaten verurteilt kam er danach nach Wöllersdorf, wo seine Anhaltung willkürlich zwei Mal verlängert wurde, sodass er in Summe drei Jahre bis Herbst 1937 inhaftiert war!

Josef Hindels schreibt in der eingangs erwähnten Broschüre: „Sozialdemokraten ohne sozialistische Gesinnung und Ideologie gleichen einem Wanderer in einer unübersichtlichen Landschaft, dem der Kompass fehlt. Sie verlieren die Orientierung, geraten auf Abwege, sind stets von der Gefahr bedroht, die Laster jener Klasse anzunehmen, deren Herrschaft sie überwinden wollen. Das Beispiel der Revolutionären Sozialisten sollte in der Gegenwart als Mahnung verstanden werden: Es gilt auch im Alltag einer Regierungspartei die Bedeutung von sozialistischer Gesinnung und Ideologie zu erkennen und das Ziel einer neuen Gesellschaft nicht aus dem Auge zu verlieren.“

Glosse „Die angeklagten SozialistInnen“ (Angaben aus einer illegalen RS-Broschüre; kursiv jene, die zu Opfern des NS-Terrors wurden): Otto Binder, Beamter, 45 Jahre, Johann Ecker, Bauarbeiter, 32, Marie Emhart, Eisenbahnersgattin, früher Gemeinderätin von St. Pölten, 35 Jahre, Roman Felleis, Angestellter, 33, Karl Fischer, Mechaniker, 32, Natalie Fulda, früher Redaktionssekretärin der „Arbeiter-Zeitung“, 40, Karl Fürstenhofer, Autoschlosser, 34, Theodor Grill, Magistratsbeamter, 34, Leontine Haas, Rentnerin, 38, Franz Jonas, Schriftsetzer, 37, Karl Knechtelsdorfer, Schriftsetzer, 29, Hans Kratky, Privatbeamter, 36, Josef Kratky, Privatbeamter, 29, Bruno Kreisky, Hochschüler, 25, Andreas Liberda, Privatbeamter, 43, Josef Mohler, Maschinenarbeiter, 35, Anton Pastaz, Bauarbeiter, 30, Rudolf Pastaz, Bauarbeiter, 31, Alois Pfanner, Elektrotechniker, 36, Anton Proksch, Gewerkschaftssekretär, 39, Otto Probst, Lithograph, 25, Franz Rauscher, Eisenbahnschaffner, 36, Karl Hans Sailer, früher Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, 36, Dr. Paul Schick, Rechtsanwalt, 32, Josef Wacke, Hochschüler, 25, Alfred Weißmann, Beamter, 29, Stefan Wirlandner, Beamter, 31, Elise Zerner, früher Redaktionssekretärin der „Arbeiter-Zeitung“, 31.

Viele der Angeklagten spielten in der Zweiten Republik eine wichtige politische Rolle: Franz Jonas (Wiener Bürgermeister, NR-Abg., Bundespräsident), Bruno Kreisky (NR-Abg., Außenminister, Bundeskanzler), Otto Probst (NR-Abg., Verkehrsminister), Anton Proksch (NR-Abg., Sozialminister), Franz Rauscher (NR-Abg., Staatssekretär), Marie Emhart, Karl Knechtelsdorfer, Josef Kratky (NR-Abg.), Theodor Grill (Vizebgm.

von Linz). Unter den Verteidigern waren Adolf Schärf (später Vizekanzler, dann Bundespräsident) sowie Heinrich Steinitz und Oswald Richter, die beide von den Nazis umgebracht wurden.

Gerald Netzl ■

Bruno – der junge Kreisky

In Ausgabe 1/2026 unserer Zeitung haben wir einen wertvollen Kinofilm vorgestellt: „Das geheime Stockwerk“. Im Oktober läuft eine Verfilmung in den Kinos an, die das Leben des jungen Bruno Kreisky (geb. 1911) von 1926-1938 auf großartige Weise abbildet. Beim Drehbuch hat man sich streng an Kreiskys Autobiografie „Zwischen den Zeiten“ gehalten. Da es sich um einen Spielfilm, nicht um eine Dokumentation handelt, wurden Handlung und Personal verdichtet bzw. zusammengelegt (Im Film vielfältig Kreisky am 12. Februar 1934 mit Roman Felleis einen Aufruf, in Wirklichkeit hat er das mit Franz Olah gemacht, er war auch nicht in einem umkämpften Gemeindebau.). Das gelungene Drehbuch verfassten Fritz Schindler, Helene Maimann und Harald Sicheritz. Als Parteivorsitzender hat Kreisky die SPÖ mit den Intellektuellen und mit der Jugend, mit den Katholiken und mit dem Ex-Adel und mit den Linken versöhnt. Im konservativen Österreich konnte er mit der SPÖ dreimal die absolute Mehrheit im Nationalrat erreichen. Die österreichische Jugendmedienkommission hat auch diesen Film geprüft und eine Empfehlung ausgesprochen:

Inhalt:

Wien, Anfang 1935. Der 24-jährige Jus-Student Bruno Kreisky wird in der elterlichen Wohnung von Staatspolizisten verhaftet. Was wirft man dem jungen Mann aus großbürgerlichem Hause vor? Der Film nimmt uns mit in das Leben des nachmaligen SPÖ-Vorsitzenden (1967-1983) und Bundeskanzler (1970-1983). Ausgehend von 1935 und den folgenden 15 Monaten Untersuchungshaft werden in Rückblenden prägende Erlebnisse wie der Brand des Justizpalastes (15. Juli 1927), politische Diskussionen in der Sozialistischen Arbeiterjugend, die Ausschaltung des Parlamentes durch den christlich-sozialen Bundeskanzler Engelbert Dollfuß (4. März 1933), der Aufstand österreichischen Arbeiter im Februar 1934 und der Aufstieg der NSDAP gezeigt.

Altersfreigabe:

Die 1920er und 1930er Jahre waren eine politisch turbulente und gewaltvolle Zeit. Die junge Republik hatte es nicht leicht, sie war voller politischer und wirtschaftlicher Krisen. Und doch gab es auch Menschen mit Hoffnung auf eine bessere Zukunft, vor allem für die Arbeiterschaft, das Proletariat. Der junge Kreisky war einer, der sein Leben und seine Freiheit diesem Befreiungskampf widmete. Es gibt in dem knapp zwei Stunden langen Film einige Bilder (eine Tote beim Justizpalastbrand, ein Toter im Februar 1934, Prügelfolter beim Verhör durch die Gestapo), die seitens des Jugendschutzes eine Einschränkung notwendig machen. Hilfreich für das bessere Verständnis wäre, wenn das Publikum (besonders das junge Publikum!) die Grundzüge der österreichischen Geschichte kennen würde. Die Kommission empfiehlt die Freigabe ab 12 Jahren, denn 12-Jährige sind schon in der Lage, die Gesamthandlung nachzuvollziehen und Spannungsequenzen auszuhalten.

Positivkennzeichnung:

Der Film hält sich an Bruno Kreiskys Memoiren „Zwischen den Zeiten“ (1986). Ausstattung, Auswahl der Drehorte, Kostüme und schauspielerische Leistung (In Wien wird Wienerisch gesprochen!) sind überdurchschnittlich. Wie im Buch – das als vertiefende Grundlage Interessierten für noch besseres Verständnis ans Herz gelegt wird – wird man Zeuge, wie und warum der junge Kreisky eben NICHT die einfache und vorgezeichnete Mitgliedschaft und Mitarbeit bei den stark jüdisch geprägten sozialistischen Mittelschülern anstrebt, sondern ganz im Gegenteil, bei der Sozialistischen Arbeiterjugend, die in dieser Zeit ihrem Namen entsprach.



Polyfilm

Nils Arzmann spielt Bruno, den jungen Kreisky. Und das hervorragend. In einem Interview sagte er: „Im besten Fall gehen junge Leute in diesen Film und sehen jemanden, der versucht, die Welt zu verbessern – und werden davon angesteckt.“

Er ist politisch, ohne vordergründig einseitig parteipolitisch zu sein. Sehr empfehlenswert ab 14 Jahren als österreichische Politikerbiografie.

Neuer Gedenkraum für STALAG XVIIIB

2001 wurde auf Initiative des Historikers Robert Streibel in einem Gastronomiebetrieb im Kremser Stadtteil Gneixendorf eine Gedenkraum für das NS-Kriegsgefangenenlager STALAG XVIIIB eingerichtet. Das Lokal musste leider schließen, weshalb nun am Flugplatz Krems-Gneixendorf ein 365 Tage im Jahr geöffnetes Gebäude direkt am ehemaligen Gelände des Lagers gefunden wurde, in welchem die Ausstellung um etliche Tafeln erweitert nun neu eröffnet wurde.



Pressestelle der Stadt Krems

V.l.n.r.: Bürgermeister Gen. Peter Molnar, Historiker und Gedenkrauminitiatoren Robert Streibel und Günther Stockinger, Kremser Bezirksvorsitzender der Freiheitskämpfer*innen Gen. Klaus Bergmaier, Kulturgemeinderätin Gin. Elisabeth Kreuzhuber, Gemeinderat Wolfgang Mahrer und Johannes Eckharter (Union Sportfliegerclub Krems) bei der Eröffnung des neuen Gedenkraumes STALAG XVIIIB am Flugplatz Krems.



Licht, Luft und Schatten. Wiener Gemeindebauten in Austrofaschismus und NS-Zeit

Die sozialpolitischen Maßnahmen der Gemeinde Wien im Bereich der Wohnungspolitik sind seit dem Ende des Ersten Weltkrieges untrennbar mit dem sozialen Wohnbau verbunden. Zwischen 1918 und 1945 waren die Gemeindebauten Horte der Solidarität und des Widerstandes, aber auch Orte der Verfolgung.

Der Sammelband „Licht, Luft und Schatten. Wiener Gemeindebauten in Austrofaschismus und NS-Zeit“ widmet sich dem Schicksal von jüdischen und widerständigen Menschen im Austrofaschismus und Nationalsozialismus.

Wiener Wohnen beauftragte das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im September 2022 mit der Erforschung der Geschichte der Wiener Gemeindebauten zur Zeit des Nationalsozialismus. Ziel des im Februar 2025 abgeschlossenen Projekts war einerseits eine Aktualisierung der 1996 von Herbert Exenberger, Johann Koß und Brigitte Ungar-Klein in ihrer Publikation „Kündigungsgrund Nichtarier“ vorgelegten Opferzahlen, die aufgrund der in den vorangegangenen Jahrzehnten vom DÖW durchgeführten Projekte der namentlichen Erfassung der österreichischen Opfer der Shoah und der Opfer politischer Verfolgung möglich wurde. Darüber hinaus sollten Opferschicksale am Beispiel von ausgewählten Gemeindebauten sichtbar gemacht werden. Neben der von Wiener Wohnen auf der Grundlage der Forschungsergebnisse des DÖW gestalteten Website wienerwohnen.at/startseite liegt seit Anfang 2026 ein von Claudia Kuretsidis-Haider im Böhlau-Verlag herausgegebener Sammelband mit dem Titel „Licht, Luft und Schatten. Wiener Gemeindebauten im Austrofaschismus und der NS-Zeit“ vor.

Nach einer Überblicksdarstellung zur Geschichte des Gemeindebaus in Wien von Peter Autengruber und Ursula Schwarz widmet sich Rudolf Müller Fragen des für Gemeindefrauen nicht geltenden Mieterschutzes.

Mehrere Beiträge gehen anhand von ausgewählten Gemeindebauten dem Schicksal der dort lebenden Menschen nach, die als Juden/Jüdinnen gekündigt und verfolgt bzw. aufgrund ihres widerständigen Verhaltens Opfer polizeilicher Terrors und juristischen Unrechts wurden. Der Beitrag von Michael Achenbach behandelt den Goethehof vor dem Hintergrund der dortigen Kämpfe im Februar 1934 und geht quellenkritisch auf deren fotografische Überlieferung und die daraus resultierenden Narrative ein. Im Zentrum des Beitrags von Claudia Kuretsidis-Haider stehen die Schicksale der jüdischen und widerständigen BewohnerInnen des Karl-Marx-Hofs rund um den Februar 1934 und zur Zeit des Nationalsozialismus. Die Wohnhausanlage „Rasenstadt“ (Johann-Mithlinger-Siedlung) war ein Ort des Widerstands gegen den Austrofaschismus und das NS-Regime. Manfred Mugrauer geht jenen GemeindebaubewohnerInnen nach, die 1938 aus rassistischen Gründen gekündigt oder aufgrund ihrer widerständigen Aktivitäten verfolgt wurden.

Während Tausende Jüdinnen und Juden aus den Wiener Gemeindebauten delogiert und viele von ihnen deportiert und ermordet wurden, gelang es einigen wenigen, im Untergrund versteckt die NS-Herrschaft zu überleben, wie Brigitte Ungar-Klein in ihrem Aufsatz nachweist. Jutta Fuchshuber hat Geschäfte, Lokale und Dienstleistungsbetriebe in Gemeindebauten recherchiert, die im Besitz von Jüdinnen und Juden waren und nach dem „Anschluss“ arisiert wurden.



V. l. n. r.: Schauspielerin Maria Hofstätter, Claudia Kuretsidis-Haider, Vizebürgermeisterin Kathrin Gaál und Wiener Wohnen Direktorin Karin Ramser bei der Buchpräsentation

Wolfgang Schellenbacher stellt die namentliche Erfassung der verfolgten und im Zuge des Holocaust ermordeten BewohnerInnen der Gemeindebauten vor und reflektiert anhand ausgewählter Ego-Dokumente Erinnerungen von Delogierten an ihre Verfolgung. Der Sandleitenhof war zu Kriegsende 1945 ein wichtiger Ort des antifaschistischen Widerstands. Mitglieder des Kommunistischen Jugendverbands entwarfen in den letzten Kriegstagen im April 1945 Wehrmachtssoldaten und Volkssturmmangehörige, um eine kampflose Übergabe der Wohnhausanlage an die sowjetische Armee zu ermöglichen. Winfried R. Garscha zeigt auf, wie mit dieser einzigartigen Aktion weitere Opfer in den letzten Kriegstagen im Westen von Wien verhindert werden konnten.

Biografien von 40 verfolgten und widerständigen Menschen stellen gleichsam eine „Gedenktafel“ für diese Männer, Frauen und Kinder dar, die Opfer von Gewalt und

Terror in den Gemeindebauten wurden.

Die Publikation schließt mit einer Überblicksdarstellung von Peter Autengruber und Ursula Schwarz über die Geschichte des Wiener Wohnungsamtes. Der Beitrag nimmt neben dem Austrofaschismus und der NS-Zeit auch Aufgaben und Personal des Wohnungsamtes in der Ersten Republik und im ersten Nachkriegsjahrzehnt in den Fokus.

Claudia Kuretsidis-Haider ■
Stellvertretende
wissenschaftliche
Leiterin des DÖW

„Nur ein Schuss.“

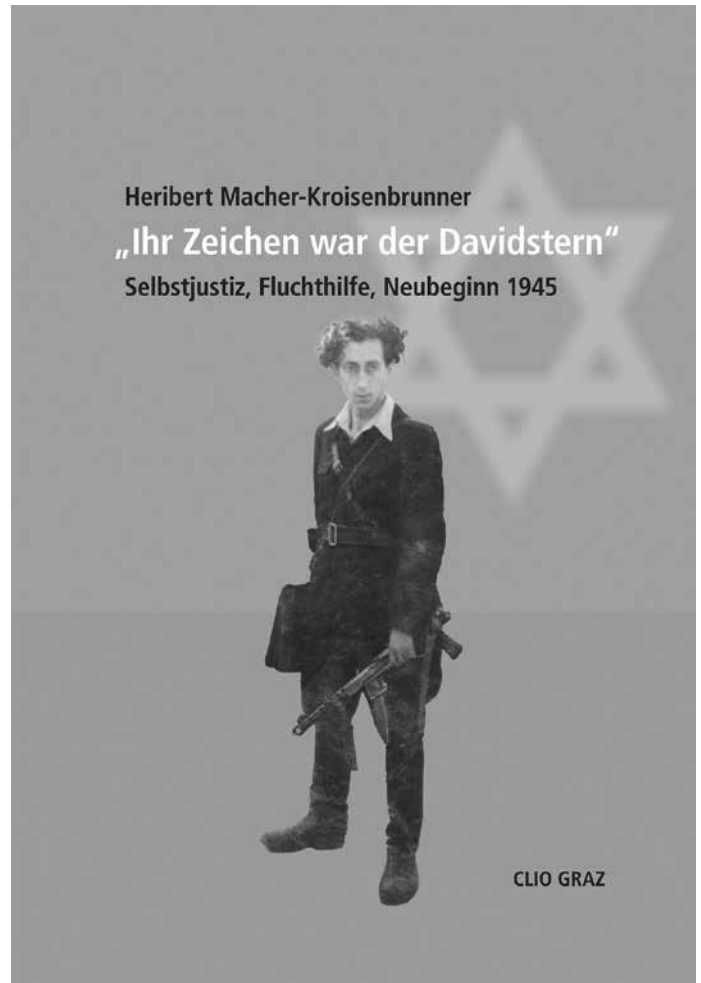
George Saunders, ganz in der Tradition des scharfsinnig-satirischen Analyse eines Jonathan Swift, beschreibt in „Die kurze und schreckliche Regentschaft von Phil“ die Dialektik von Macht und Gewalt. Die „Innen-Hornerists“ werden, in einem absurden, zynisch instrumentalisierten Grenzstreit, von den „Außen-Hornerists“ drangsaliert, interniert und zur individuellen Vernichtung selektiert. Nach der Befreiung durch ein Drittland drehen sich die Machtverhältnisse. Plötzlich sind die Opfer stärker - und sie fallen über ihre Unterdrücker und Mörder her.

So könnte man auch die Stimmungslage, Handlungsspielräume und nachfolgenden Taten einzelner Jüdinnen und Juden nach der Befreiung aus den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern beschreiben. Was muss sich da angestaut haben in diesen zutiefst verletzten Seelen? Angesichts einer industriell aufgezogenen, millionenfachen Massenvernichtung, die ihnen ihre Mitmenschen mit bürokratischer Kälte und Selbstentmenslichung zugebracht hatten? Trauer, Wut, Zorn - und der brennende Wunsch nach Sühne, Vergeltung und Rache. Noch vor der Besinnung auf die eigenen humanistischen Werte, die Erkenntnis, dass vorschnelles „Auge um Auge“ nicht zu einer besseren Welt, einem besseren Leben führt. Die Rachegefühle, soweit sich nicht von vornherein verbieten, wichen der Frage: Wie baut man, als einzelner, als Kollektiv, eine neue, friedliche und lebenswerte Zukunft? Bleibe ich, gehe ich weg?

Diesem explosiven Emotions-Cocktail, dieser Sinnsuche von Überlebenden widmet Heribert Macher-Kroisenbrunner sein Buch „Ihr Zeichen war der Davidstern. Selbstjustiz, Fluchthilfe, Neubeginn 1945“, erschienen bei Clio Ende 2025. Rache und Selbstjustiz: Der Völkermord an der europäischen jüdischen Bevölkerung sprach sich in Palästina rasch herum, war lange vor Kriegsende von überlebenden Flüchtlingen ausreichend bezeugt. Für die Mehrheit der Jüdinnen und Juden stand die Kollektivschuld des deutschen Volkes außer Frage. Die Zeitung Davar, der Arbeiterpartei Ben-Gurions nahestehend, rief schon 1944 offen zu Rache und Vergeltung auf. Die Umsetzung erfolgte unmittelbar nach der Befreiung im Frühjahr 1945. Die Jewish Brigade unternahm einzelne Rache- und Selbstjustiz-Aktionen im italienisch-österreichischen Grenzgebiet, in Süddeutschland, aber auch in der Steiermark. Die Exekution des ehemaligen Leiters eines Schutzpolizeikommandos in Kielce ist gut dokumentiert. Hans Gaier war verantwortlich für die Räumung des Ghettos, den unmittelbaren Mord an 1.500-2.000 Jüdinnen und Juden, darunter hundert Kindern aus dem jüdischen Waisenhaus, und den Abtransport weiterer 15.000 Menschen in das Vernichtungslager Treblinka.

Johanan Peltz, Mitglied einer „Rächergruppe“ der Brigade, forschte den Mann in Graz aus. Er klingelte, als britischer Militärpolizist verkleidet, an der Wohnungstür. In einem Interview 2014, kurz vor seinem Tod, schilderte er die Hinrichtung - ohne vorangegangene „Gerichtsverhandlung“: „Ein Mann kam herunter, er zog sich einen Schlafrock an. Er sah uns und rief ‚Ihr seid Juden!‘. Ich sah, dass er mich erkannte. Ich habe diese Waffe herausgezogen; sie war gespannt. Ich habe den Sicherheitsverschluss nach unten gezogen, und in einer Entfernung von ungefähr drei Schritten habe ich ihm zwischen die Augen geschossen. Nur ein Schuss.“

Einzelne Rachepläne gingen so weit, das Trinkwasser deutscher Städte systematisch zu vergiften. Sie wurden allerdings nicht umgesetzt, rasch aufgegeben. Der Hauptteil dieses lesenswerten Buches widmet sich der Flucht der Überlebenden ins „gelobte Land“, nach Eretz Israel. Die Briten, zuständig für die Verwaltung Palästinas, hatten einen Einreisestopp verfügt. Man fürchtete ob der rasanten Zunahme des jüdischen Bevölkerungsanteils noch härtere Konflikte mit der arabischen Bevölkerung. Die Konsequenz? Jüdinnen und Juden, gerade der Gefangenschaft in den nationalsozialistischen Todeslagern entkommen, sahen sich wieder eingesperrt. Wenn auch die Lage in den Lagern für Displaced Persons eine völlig andere war, sie litten unter der Freiheitsberaubung. Und sie waren, mehr



als verständlich, empört. In einem dieser Camps in der Steiermark, in Trofaiach-Gai wehrten sich die Menschen vehement gegen die britische Militärverwaltung - und gegen die einheimische, „deutsche“ Administration. Sie überfielen den örtlichen Gendarmerieposten. Macher-Kroisenbrunner hat den bisherigen Darstellungen von Werner Anzenberger/Heimo Halbrainer/Gabriele Stieber, Konflikt und Integration. Die Lager Trofaiach/Gai 1915-1950 wertvolle Erkenntnisse hinzugefügt.

Insgesamt bietet das Buch zahlreiche neue Perspektiven auf jüdische Strategien, Aktionen und Lebensbedingungen im befreiten, besetzten Österreich. Die organisierte Fluchthilfe der Bricha kann auch als Anregung gelesen werden, aktuelle, dramatische Ereignisse in und um das heutige Israel zu erhellen.

Werner Anzenberger ■

Heribert Macher-Kroisenbrunner: Ihr Zeichen war der Davidstern. Selbstjustiz, Fluchthilfe, Neubeginn 1945, CLIO Verlag, Graz, 2025, ISBN: 978-3-903425-28-6, 248 Seiten, € 25,00



Solidarität – Das wichtigste Prinzip. Ein Gespräch mit Rudi Gelbard

In Zeiten eines sich brutal manifestierenden Antisemitismus und eines globalen Rechtsrucks fehlt die Stimme des 2019 verstorbenen Rudi Gelbard. Mit der Publikation „Solidarität – Das wichtigste Prinzip“ ruft die Theodor Kramer Gesellschaft, in Kooperation mit dem „Archiv der sozialen Bewegungen“, zumindest das Wort des Shoah-Überlebenden und aktiven Antifaschisten in Erinnerung.

Am 21. Jänner 2013 gab Rudi Gelbard im ÖGB Marcus Strohmeier ein Interview. Was als ein kurzer Austausch, als ein Stichwortgeben zwischen Freunden geplant war, wurde ein intensives Gespräch. Rudi Gelbard erzählte von seiner Jugend, seinem Überleben im KZ, seinen politischen Kämpfen - gegen Neonazis und Antisemitismus - seinem sozialdemokratischen Engagement, bis hin zur Arbeit mit der Gewerkschaftsjugend.

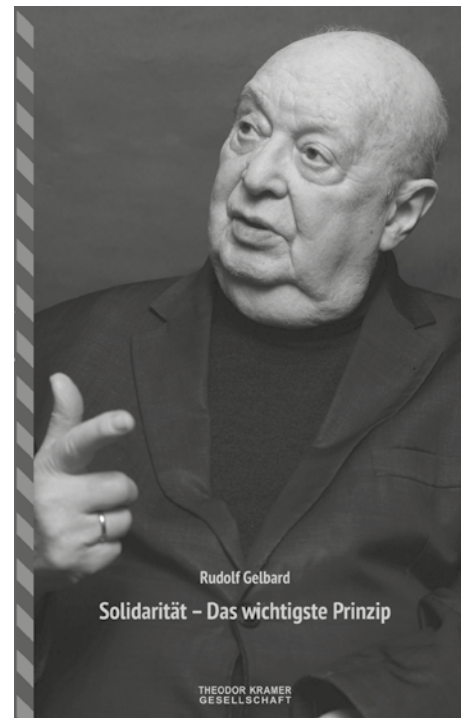
Das Gespräch wurde aufgezeichnet und erscheint nun 13 Jahre nach seiner Entstehung. Wie immer, wenn Rudi Gelbard über seine Geschichte sprach, über Themen, die ihm am Herzen lagen, war es ihm wichtig, seinem Gegenüber so viele Details wie nur möglich zu erläutern. Im Gespräch mit Marcus Strohmeier kommt Rudi Gelbard nicht nur mit seinem erzählerischen Können zur Geltung, sondern kommt auch sein umfangreiches Wissen zu Tage. Als Herausgeber übernahmen Marcus

Strohmeier und Alexander Emanuely die Aufgabe, das Interview mit den nötigen Erklärungen zu all den Namen, Ereignissen, Assoziationen, Verweisen, die im Gespräch Erwähnung finden, zu ergänzen. Für Rudi Gelbard waren Wissen und Erinnerung von zentraler Bedeutung, denn, wer sich nicht erinnern kann, ist verdammt die Vergangenheit zu wiederholen. Und wer nicht weiß, ja, der hat auch keine Macht.

Ferdinand Lacina bemerkte 2008 in einer Laudatio zu Rudi Gelbard: „Heute möchte ich dir sagen, dass ich dich auch dafür bewundere, dass du nicht nur unermüdlich für Leben und Freiheit kämpfst, sondern dass du auch selbst nach all diesen Erfahrungen leben und lieben kannst.“ In einem biografischen Essay gehe ich der Frage nach, woher Rudi Gelbard Kraft und Willen genommen hat, um nach dem Überleben der Shoah und den vielen politischen und menschlichen Herausforderungen, Enttäuschungen, das Leben- und Liebenkönnen nicht zu verlernen. Eine Erklärung liefert Rudi Gelbard selbst: „Ich [...] weiß, dass Solidarität das wichtigste Prinzip ist. Das habe ich im Leben gelernt...“

Alexander Emanuely ■

Rudolf Gelbard: Solidarität – Das wichtigste Prinzip. Ein Gespräch von Marcus Strohmeier mit dem Sozialisten und Shoah-Überlebenden Rudi Gelbard, Verlag der Theodor Kramer Gesellschaft, Wien, 2026, ISBN 978-3-903522-31-2, 156 Seiten, € 21,00



Gerald Netzl

Das Mahnmal „Himmelstreppe“ vor dem Lernort Haus 18 soll an die ermordeten Menschen erinnern. Das vier Meter hohe Kunstobjekt, das aus 31 aufeinander gestapelten alten und entsorgten Grabsteinen der näheren Umgebung besteht, wurde am 8. Mai 2019 enthüllt.

Lernort zur NS-Euthanasie

Die nö. Landesausstellung 2026 „Wenn die Welt Kopf steht“ im Landeklinikum Mauer-Öhling bei Amstetten beleuchtet verschiedenste Facetten psychischer Gesundheit - von Diagnosen über Therapieformen bis hin zum gesellschaftlichen Umgang.

Im neu eröffneten „Lernort Haus 18“ wird die Geschichte der NS-Medizinverbrechen aufgearbeitet. Die Heil- und Pflegeanstalt Mauer-Öhling wurde 1902 zur Behandlung und Betreuung von psychisch Erkrankten gegründet. Im menschenverachtenden Nationalsozialismus verkehrten sich diese Aufgaben ins Gegenteil: Unter dem Deckmantel der „Euthanasie“ kam es zum Mord an Menschen, die laut NS-Ideologie als „lebensunwert“ galten. Die Theorien der Eugenik, der „Rassenhygiene“ und die Idee eines „gesunden Volkskörpers“ im Dienst der Gesellschaft führten zu Zwangssterilisationen und der Ermordung von Insassen und Insassinnen psychiatrischer Anstalten. Im Klinikum Mauer-Öhling zählte man 2.848 Todesopfer.

Die Forschungen zu Mauer-Öhling führten nach Hartheim, wo Objekte und Dokumente von Opfern archiviert sind. Im Schloss Hartheim ermordeten Ärzte, Pflegekräfte und Ver-

waltungspersonal Patientinnen und Patienten aus Mauer-Öhling. 1940 startete die später so bezeichnete „Aktion T4“ im NS-Vernichtungsprogramm. In den folgenden Monaten wurden zwei Drittel der Anstaltsinsassen nach Hartheim deportiert und ermordet. Im Rahmen der „Aktion T4“ wurden dort über 18.000 Menschen ermordet, im Rahmen der „Aktion 14f13“ ca. 8.000 als nicht mehr arbeitsfähig eingestufte KZ-Häftlinge. Nach 1941 wurde die „Aktion T4“ eingestellt, wegen Unruhe in der Bevölkerung, allerdings nicht das Morden: Viele Personen wurden anderswohin weiterverlegt - nach Gugging oder Wien-Steinhof, wo sie ebenfalls der Tod erwartete. Diese verdeckten, anstaltsinternen Morde durch Nahrungsmittelentzug oder systematische Vernachlässigung lassen sich an einer signifikant erhöhten Übersterblichkeitsrate ablesen.

Das Haus 18 ist ein Ort des Erinnerns, des Respekts und der Aufarbeitung. Der übrigens für alle kostenlos zugänglich ist (Auch nach Ende der Landesausstellung!), man muss dafür keine Eintrittskarte für die Landesausstellung lösen!

Öffnungszeiten: Montag bis Sonntag,

9:00 - 18:00.

Gerald Netzl ■

Die Suschitzkys - Eine Favoritner Familie zwischen Kunst, Exil und Widerstand

Ein eindrucksvoller Spaziergang zwischen Erinnerung, Widerstand und kulturellem Erbe.

Am 16. Mai lud eine geführte Tour im 10. Wiener Gemeindebezirk dazu ein, die bewegte Geschichte der Familie Suschitzky kennenzulernen. Start war in der Favoritenstraße 57, der Abschluss fand im Sitzungssaal im Tiefparterre des Arbeiterheims Favoriten statt. Die dazwischen geplante Station im Willi-Reserarts-Hof wurde wegen des schlechten Wetters ebenfalls kurzfristig ins Arbeiterheim Favoriten verlegt, und zwar in den Festsaal im Obergeschoß - ganz ohne Zweifel der geeignetste Ort für dieses Thema.

Die jüdische Familie Suschitzky prägte über Generationen hinweg im Süden Wiens (und ausstrahlend nach Niederösterreich und über ganz Wien) die Bereiche Kunst, Tanz, Verlagswesen und Musik – und stand zugleich für ein klares progressives politisches Weltbild und Engagement. Sie betrieben die erste Buchhandlung in Favoriten und unterstützten Kreative und fortschrittlich Denkende.

Ihr Leben war jedoch auch von Verfolgung geprägt: Bereits im antisemitischen Klima rund um den Wiener Bürgermeister Karl Lueger geriet die Familie unter Druck und war unnötigen Schikanen ausgesetzt. In der Zeit des Austrofaschismus und der NS-Diktatur wurden viele Familienmitglieder entrechtet, vertrieben und ins Exil gezwungen.

Die Geschichte der progressiven Familie zeigt auch, wie sehr Exil, Vertreibung und das Entstehen für politische Überzeugungen das Leben und Schaffen der Suschitzkys geprägt haben. Die rund dreistündige Tour mit an die 100 Teilnehmer*innen machte diese Geschichte durch Erzählungen, Interventionen und künstlerische Zugänge erlebbar.

Die Mitwirkenden waren die Schauspielerin Anna Mendelssohn, der Historiker und Autor Alexander Emanuely, der Tänzer Adrian Dorfmeister-



Walter Haselbauer

V.l.n.r.: BGF Bezirksrat Konstantin Böck, Adrian Dorfmeister-Pölzer, Anna Mendelssohn, Alexander Emanuely, Klaus Bergmaier, Angelika Sacher, Paul Bergmaier

Pölzer, sowie die Musiker*innen Angelika Sacher (Gesang), Paul (Schlagzeug) & Klaus Bergmaier (Klavier), die hauptsächlich Musikstücke von verschiedenen Komponisten nach Texten von Jura Soyfer brachten, der mit den Suschitzkys eng verbunden war und mit ihnen das Schicksal der Verfolgung unter beiden Faschismen teilte.

Darunter befand sich neben Liedern aus Soyfers Theaterstücken auch Vertonungen der Schmetterlinge und eine Vertonung aus 2014, die Klaus Bergmaier für ein damaliges Album zum 100. Geburtstag Soyfers besorgt hatte. Und natürlich wurde das Dachau-Lied vorgetragen. An den Beginn ihres Konzerts stellte das Trio mit „Ich lade gern mir Gäste ein“ aus der Operette „Die Fledermaus“ jedoch ein Werk von Johann Strauß Sohn, denn die Familie Suschitzky hatte Jahrzehnte davor eine enge Verbindung zur Familie Strauß, deren fortschrittliche Einstellung heute oft in Vergessenheit geraten ist.

Organisiert hatte die Tour der Verein „Mitten in Favoriten“, die Gesamtverantwortung für die erfolgreiche Bildungs- und Kulturveranstaltung lag bei Konstantin Böck, Bezirksrat und Bezirksgeschäftsführer der SPÖ Favoriten.

Informationen: www.mitten-in-favoriten.at

Klaus Bergmaier ■

Wir gratulieren zum Geburtstag: April bis Juni 2026

100: Prammer Anna, Linz **97:** Humitsch Hubert, Klagenfurt **96:** Kosar Johann, Wien **94:** Sedlmayer Hans, Hagenbrunn Hahnler Erika, Wr. Neustadt Greilinger Karl, Wien **93:** Blecha Karl, Wien **92:** Zabloudil Sylvia, Klosterneuburg Burg Werner, Mödling Weinmann Willibald, Rannersdorf Horvath Helene, Wien **91:** Kohlbacher Alfred, Wien **90:** Lentner Gerwald, Linz **85:** Haberditzl Gerd, Axams Rigby Günter, Baden Hums Erich, Breitenfurt Nöhner Erich, Forchtenstein Umek Helmut, Perchtoldsdorf Höfert Brigitte, Salzburg Krammer Anton, Velm-Götzendorf Hochmair Fritz, Wels Fitzbauer Karl, Pawlek Elisabeth, Sagmeister Rudolf, Koch Heinrich, Brunngraber Hermine, Zenk Ingeborg, Sagmeister Edith, Sager Emma, Kitzweger Adolf, Bock Gerhard, Wien **80:** Chalupny Paul, Bischofshofen Reiter Gabriele, Engerwitzdorf Vögerle Bernd, Gerasdorf Ackerl Josef, Linz Obitzhofer Andreas, Wögrl Obadalek Renate, Dvorak Johann, List Alois, Fechter Ulrike, Löw Johanna, Ralis Herbert, Urban Josef, Wien **75:** Rosenberger Gertrude, Gallneukirchen Zara Josef, Guntramsdorf Neck Reinhart, Klagenfurt am Wörthersee Dobusch Franz, Linz Ruzek Walter, Mödling Takacs Rudolf, Rauchenwarth Rabl Ernst, Ried/Riedmark König Otto, Sollenau Praher Kurt, St. Pölten Heinzl Monika, St. Pölten-Harland Riegler Christine, Vitouch Elisabeth, Pollak Eva, Laska Grete, Grogger Alois, Eder Ernst, Hirschmann Marta, Fuchs Maria, Stanek Willibald, Gehringer Franz, Wien



Gerald Netzl



USB-Stick

Unsere Bundeskonferenz war (beinahe) papierlos. Die TeilnehmerInnen erhielten die Berichte und die Konferenzunterlagen auf einem extra angefertigten USB-Stick. Zusätzlich zu den Konferenzunterlagen enthält der Stick PDFs aller Ausgaben des „Sozialistischen“ bzw. „Sozialdemokrati-

schen Kämpfers“ seit 1949. Wir verlosen drei Stück unter allen Genossinnen und Genossen, die so einen USB-Stick haben wollen. Bei Interesse an bitte um ein E-Mail bis 30.6.2026 an kaempfer@spoe.at Betreff „Gewinn USB-Stick“!

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Ingrid Antes, Werner Anzenberger, Anton Bergauer, Klaus Bergmaier, Patrick Berndt, Kira Binderlehner, Alexander Emanuel, Renate Fuchs, Marina Hanke, Lena Köhler, Claudia Kuretsidis, Dominik Lang, Gerald Netzl, Alexander Rath, Gerhard Razborcan, Christian Sevcik.

Grafische Gestaltung: Wien Work – Digital Media

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 21. Mai 2026

Impressum:

Medieninhaber und Herausgeber: Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen. 1014 Wien, Löwelstraße 18, Telefon: 01/534 27-277, E-Mail-Adresse: kaempfer@spoe.at, Internetadresse: www.freiheitskaempfer.at.

Fotos: Redaktion FreiheitskämpferInnen

Lektorat: Klaus Bergmaier

Hersteller: Wien Work - Digital Media, 1220 Wien

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Information über neo-faschistische und rechtsextremistische Bewegungen, Vereinsnachrichten, Informationen der Opfer des Faschismus. Die im „Kämpfer“ veröffentlichten Artikel und Kommentare geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion oder des Bundesvorstandes wieder.

Zlnr.: GZ 02Z033355M

Österreichische Post AG
MZ GZ02Z033355M